

## Energiepolitische Perspektiven für wettbewerbsfähige Industrieregionen in Europa

Als Industrieregion im Herzen Europas mit 8,8 Millionen Einwohnern, einem Bruttoinlandsprodukt von 390 Milliarden Euro und einer eng mit der Industrie verflochtenen Struktur aus Mittelstand und Handwerk steht das Rheinland exemplarisch für die besonderen Herausforderungen, mit denen sich industriell geprägte Metropolregionen in Europa aktuell konfrontiert sehen. Die eng verflochtene und international vernetzte Wirtschaftsstruktur sichert Arbeitsplätze, Wertschöpfung, Steuereinnahmen und damit die Daseinsvorsorge vor Ort. Aktuell trifft die Transformation zur Klimaneutralität als strukturelle Jahrhundertaufgabe auf eine volatile Weltmarktlage und immer wieder neue Energiepreisschocks. In dieser herausfordernden Zeit brauchen Industrieregionen gezielte Unterstützung durch die Europäische Union. Folgende Punkte sind besonders hervorzuheben:

**1) Produktionskosten in Europa wieder wettbewerbsfähig machen:** Die energieintensive Wirtschaft am Standort Rheinland ist nur dann auch nachhaltig zukunftsfähig, wenn sich Produktionskosten mit dem internationalen Wettbewerb und langfristigen Investitionsentscheidungen vereinbaren lassen. Das gilt gleichermaßen für große Industriekonzerne wie häufig eher mittelständisch geprägte Zulieferbetriebe. Ein tragfähiger europäischer Rahmen muss es den Mitgliedstaaten daher konsequent ermöglichen, die Energiekosten sowohl für energieintensive Unternehmen als auch für Infrastrukturbetreiber zu senken. Bereits eingeleitete Maßnahmen wie die Reduzierung der Stromsteuersätze, Ausweitung der Strompreiskompensation oder auch Flexibilisierung der Netzentgeltregelungen gehen in die richtige Richtung, doch sie kommen häufig zu spät und werden zu zögerlich umgesetzt. Wir brauchen jetzt ein klares Vorgehen zur strukturellen Entlastung der energieintensiven Wirtschaft für den gesamten Zeitraum der Transformation. Ziel muss dabei sein, die Stromkosten langfristig auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau zu bringen. Auch ist es wichtig, dass Investitionen, die im Kontext der Defossilisierung der Produktion, beispielsweise in Nachhaltigkeitszertifizierung, geleistet wurden, belohnt werden. Aktuell vergüten die Märkte die hiermit verbundenen Mehrkosten nicht zuverlässig, selbst nicht, wenn es sich um grüne Endprodukte wie Windräder oder Elektroautos handelt. Wenn Nachfrage nur den niedrigsten Preis honoriert, können insbesondere Zulieferer ihre Investitionen und Kosten nicht refinanzieren. Instrumente wie der CBAM haben das Potential, einen Beitrag zum Schutz der Wettbewerbsfähigkeit zu leisten, müssen dafür jedoch so ausgestaltet sein, dass Wettbewerbsverzerrungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette vermieden werden. Die geplante Ausweitung auf nachgelagerte Produkte muss handhabbar bleiben und auch für Exporte braucht es eine wirksame Lösung, damit europäische Produkte auf Drittmärkten wettbewerbsfähig bleiben. Gleichzeitig stellen hohe Bürokratiekosten, komplexe Förderbedingungen und politische Instabilität insbesondere für Mittelständler zusätzliche Hürden dar. Dies sollte auch für den kürzlich vorgelegten Vorschlag zum Public Procurement Act (COM(2026) 590) handlungsleitend sein.

**2) Europäischen Wasserstoffhochlauf konsequent voranbringen:** Grüner Strom ist der zentrale Energieträger der Zukunft. Daher sollte Elektrifizierung überall dort vorangetrieben werden, wo sie technisch und wirtschaftlich sinnvoll ist. Gleichzeitig braucht die Industrie ausreichend Flexibilität bei der Wahl geeigneter Transformationspfade. Für den Übergang bleibt Erdgas für viele Prozesse der rheinischen Unternehmen unverzichtbar. Entscheidend ist, dass dieser Übergang durch verlässliche Pfade zu klimaneutralen Molekülen planbar wird. Perspektivisch sollen dann grüne Moleküle wie Wasserstoff eine zentrale Rolle spielen, nicht zuletzt auch, weil  $H_2$  einen Ausgangsstoff für künftige kohlenstoffarme Produktionswege darstellt. Wichtig ist, dass dieser Wasserstoff auch für energieintensive Mittelständler wirtschaftlich darstellbar ist. Dafür braucht es realistische und verlässliche Preis- und Kostenperspektiven. Zudem muss  $H_2$  als Schlüsseltechnologie der Energiewende weiterhin politisch begleitet und unterstützt werden, damit der Hochlauf gelingen kann. Vor diesem Hintergrund ist die Ausgestaltung von sich aktuell in Erarbeitung befindlichen Rechtsakten wie z.B. der RED IV richtungsweisend. Vor allem kommt es darauf an, dass die Kosten des Marktaufbaus über einen längeren Zeitraum und das gesamte System verteilt getragen werden können. Daher muss ein neues Zielframework insbesondere auch angemessene Finanzierungsinstrumente, wirksame Risikoteilungsmechanismen sowie eine transparente und hochlaufgerechte Gestaltung der Netztarife adressieren. Für integrierte Industrieparks ist zudem ein erschwinglicher Zugang besonders wichtig. Da die Wasserstoffinfrastruktur hier vielfältige Anwendungsfälle über mehrere Unternehmen hinweg erschließen und Nachfragecluster schaffen kann, haben solche Parks erhebliches Potential, die europäische Wasserstoffwirtschaft zu unterstützen.

**3) Auf- und Ausbau von Energieinfrastruktur weiter beschleunigen:** Leistungsfähige Netze, schnell verfügbare Netzanschlüsse sowie ausreichende Anschluss- und Speicherkapazitäten sind zentrale Voraussetzungen für die Transformation. Daher müssen alle notwendigen Infrastrukturprojekte zur Umsetzung der Energiewende zügig und innerhalb verbindlicher Fristen genehmigt werden, vom grenzüberschreitenden Übertragungsnetz über das wasserstofffähige Backup-Gaskraftwerk bis hin zur neuen Abwärme-Rückgewinnungsanlage. Zudem ist staatliche Unterstützung bei Netzentgelten und Investitionen in die Infrastruktur notwendig. Diesbezüglich liefert das Grids-Package vielversprechende Ansätze: Mit One-Stop-Shop, digitalen Genehmigungsportalen und Genehmigungsfiktion will die EU-Kommission dafür sorgen, dass Energieinfrastrukturprojekte künftig in maximal drei Jahren genehmigt werden. Auch die europäische Leitlinie für Netzanschlüsse sowie die Möglichkeit des stärker antizipatorischen Netzausbaus (anticipatory investments) sind aus Perspektive des Rheinlands als Industrieregion in Transformation zu begrüßen. Schnelle und verlässliche Netzanschlüsse sind dabei nicht nur für die Großindustrie, sondern ebenso für mittelständische Betriebe entscheidend, die beispielsweise in Photovoltaik, Wärmepumpen oder die Elektrifizierung ihrer Fuhrparks investieren. Im Hinblick auf eine stärkere Zentralisierung der europäischen Netzplanung gilt es jedoch kritisch zu hinterfragen, wie die faktische Umsetzung aussehen soll. Besonders wichtig ist, dass den nationalen

Übertragungsnetzbetreibern und Regulierungsbehörden nicht die Hoheit über die Szenariorahmen sowie die Investitionsentscheidungen vor Ort entzogen wird. Was ein sinnvoller Energiemix ist und welche Infrastrukturbedarfe hierfür bestehen, ist - genau wie die Nationalstaaten selbst - hochgradig heterogen. Mehr Harmonisierung in der Netzplanung ist erstrebenswert, gleichzeitig sollte die Bedeutung von regionsspezifischem Systemwissen nicht unterschätzt werden.

**4) Energiesicherheit zielorientiert stärken:** Versorgungssicherheit stellt für energieintensive Wirtschaftsregionen wie das Rheinland eine unverhandelbare Notwendigkeit dar. Damit Innovationen und Investitionen im Bereich der Energieversorgung und hier vor allem bei den Energiespeicherlösungen weiter angereizt werden können, darf keine technologische Verengung auf Lithium-Ionen-Batteriespeicher erfolgen. Stattdessen müssen gleichermaßen auch andere elektrochemische (z.B. Redox-Flow-Speicher), thermische (z.B. Warmwasserspeicher) und mechanische (z.B. Pumpspeicher) bis hin zu chemischen (z.B. Speicherung als Wasserstoff) Technologien Berücksichtigung finden. Nur mit einer großen Lösungsvielfalt können die verschiedenen Speicheranforderungen von innertäglicher Speicherung bis hin zu längeren Zeiträumen von Tagen, Wochen und Jahreszeiten abgedeckt werden. Um die Wirtschaftlichkeit von insbesondere mittel- bis langfristigen Energiespeicherlösungen sicherzustellen, braucht es eine starke politische Unterstützung sowie entsprechende Finanzierung. Auch Industrie- und Gewerbetriebe können über Kraft-Wärme-Kopplung, flexible Erzeugungsanlagen und nicht zuletzt ihre Nachfrage einen wertvollen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten. Wichtig ist daher, dass die Betreiber nicht von der Bereitstellung der dringend benötigten Energieflexibilität ausgeschlossen werden und in gleicher Weise wie energieintensive Unternehmen Zugang zu Entlastungsmaßnahmen und Anreizen haben.

## **Über die Metropolregion Rheinland (MRR):**

Die Metropolregion Rheinland (MRR) vertritt die strukturpolitischen Interessen des Rheinlands gegenüber den politischen Institutionen des Landes, des Bundes und der EU. Sie gibt dem Rheinland eine starke Stimme im Wettbewerb der Metropolregionen. Darüber hinaus wirkt sie aktiv für das Rheinland im Initiativkreis Europäischer Metropolregionen in Deutschland (IKM), dem Europäischen Netzwerk der Metropolregionen (METREX) und der Interregionalen Allianz für den Rhein-Alpen Korridor EVTZ mit. Getragen wird die MRR von den kreisfreien Städten, Kreisen und Wirtschaftskammern. Das Gebiet umfasst eine Fläche von rund 40% von NRW und hat knapp 9 Mio. EinwohnerInnen. Die Mitglieder und Gastmitglieder sind:

### **Kreisfreie Städte:**

- Stadt Köln
- Klingenstadt Solingen
- Stadt Mönchengladbach
- Stadt Wuppertal
- Landeshauptstadt Düsseldorf
- Stadt Duisburg am Rhein
- Stadt Krefeld
- Stadt Leverkusen
- Stadt Remscheid

### **Kreise:**

- Kreis Kleve
- Kreis Viersen
- Oberbergischer Kreis
- Rhein-Erft-Kreis
- Kreis Mettmann
- Kreis Wesel
- Rheinisch-Bergischer Kreis
- Rhein-Kreis Neuss

### **Handwerks- sowie Industrie- und Handelskammern:**

- IHK Bonn/Rhein-Sieg
- IHK zu Düsseldorf
- IHK zu Köln
- Niederrheinische IHK  
Duisburg-Wesel-Kleve
- Handwerkskammer Aachen
- IHK Mittlerer Niederrhein
- Handwerkskammer zu Köln
- Handwerkskammer Düsseldorf
- Bergische IHK Wuppertal-Solingen-  
Remscheid

### **Gastmitglieder:**

- Bezirksregierung Köln
- Bezirksregierung Düsseldorf
- Regionalrat Köln
- Regionalrat Düsseldorf
- Region Köln/Bonn e.V.
- Standort Niederrhein GmbH
- Region Aachen Zweckverband
- Regionalmanagement Düsseldorf-Kreis  
Mettmann
- Bergische Struktur- und  
Wirtschaftsförderungsgesellschaft GmbH

### **Kontakt:**

Dr. Larissa Sternkopf  
Leitung Energie und Transformation  
E-Mail: [larissa.sternkopf@metropolregion-rheinland.de](mailto:larissa.sternkopf@metropolregion-rheinland.de)  
Telefon: +49 (0) 221 989317-444

Dietmar Schulmeister  
Beauftragter für Bundes- und Europaangelegenheiten  
E-Mail: [dietmar.schulmeister@metropolregion-rheinland.de](mailto:dietmar.schulmeister@metropolregion-rheinland.de)  
Telefon: +49 (0) 221 989317-666